



Kommentar
Hannes Androsch

Sicherheit: Unheilvolle Entwicklung

Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen jedes Einzelnen und jeder Gemeinschaft. Ihre Sicherstellung ist daher sowohl Teil der Eigen- und Selbstverantwortung als auch eine gemeinschaftliche, sprich: staatliche Angelegenheit. Sie sollte zudem aber auch eine

„Sicherheit gehört zu den **Grundbedürfnissen** jedes Einzelnen.“

Aufgabe der Staatengemeinschaft sein, allerdings ist deren Fähigkeit, den Frieden zu sichern, derzeit äußerst begrenzt. Dies gilt insbesondere für Europa, an dessen Rändern ein Ring von Feuern entbrannt ist, der Österreich vorerst nur indirekt bedroht, sich jedoch zu einem Flächenbrand entwickeln könnte, der uns dann auch unmittelbar beträfe.

Österreich hatte das Glück, seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Sicherheit und Frieden leben zu können. Die Grundlage für eine Zustimmung zum Staatsvertrag 1955 seitens der Sowjets war die Neutralität unseres Landes. Im damals zweigeteilten Europa mit dem Gleichgewicht des atomaren Schreckens zwischen USA und UdSSR bot diese Neutralität (vielleicht) Sicherheit. Doch angesichts der Zerstörung der europäischen Sicherheits- und Friedensordnung durch Putin ist dies nicht mehr der Fall. Allerdings ist ein NATO-Beitritt, wie jüngst von Finnland und Schweden, für Österreich nicht erforderlich, denn wir haben uns längst verfas-

sungsrechtlich verpflichtet, der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und damit auch der Beistandspflicht des Lissaboner Vertrages zu folgen. Dennoch haben wir uns anlässlich des mörderischen Überfalls auf die Ukraine bislang

nicht an unsere Verpflichtungen gehalten – und dies, obwohl wir durch Cyberattacken und Falschpropaganda schon längst vom Konflikt betroffen sind. Ergänzend kommt noch das Problem der wirtschaftlichen Landesverteidigung bzw. Versorgungssicherheit hinzu, nachdem sich Österreich bei Erdgaslieferungen einseitig von Russland abhängig gemacht hat.

Diese Bedrohungen summieren sich zu jenen geopolitischen Verwerfungen in Nahost und Nordafrika, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt in übergroßen Migrantenzahlen vielfach illegaler Asylanten niederschlagen, die unsere Aufnahmemöglichkeiten überschreiten. Diese Menschen werden zwar in unser Sozialsystem, nicht aber in unsere Gesellschaft, unsere Lebensweise oder in einen Arbeitsprozess integriert. Die so entstehenden Parallelwelten stellen nicht nur ein Integrations- und Finanzierungsproblem dar (siehe Brennpunktschulen), sondern bedeuten oft auch ein Problem für das persönliche Sicherheitsgefühl. Die Leugnung dessen bzw. der hilflose Umgang damit bereiten die Grundlage für Extremismus, der selbst keine Lösungen anzubieten vermag.

Die Wahlergebnisse machen dies zunehmend deutlich. So schwierig es im Einzelnen sein mag, eine Balance zwischen humanitären Ansprüchen und politisch praktikablen Lösungen zu finden, ist dies jedoch eindämmend notwendig, um diese gefährliche Entwicklung zu stoppen.



HANNES ANDROSCH
markt@vn.at

Dr. Hannes Androsch ist SPÖ-Finanzminister i. R. und Unternehmer.